

Missbrauch von persönlichen Daten:

Datenschutz muss auf den Prüfstand.



Das **soziale**
Deutschland.

Die SPD will den Datenschutz für Verbraucherinnen und Verbraucher schnell verbessern. Die jüngsten Fälle von Missbrauch von Kundendaten haben dringenden Handlungsbedarf aufgezeigt. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist für uns kein Lippenbekenntnis, sondern ein Recht mit Verfassungsrang, dem stärker Geltung verschafft werden muss.

Dabei ist klar: Die Weitergabe etwa von Kontodaten ist eine Straftat! Die Verantwortlichen müssen mit bis zu 2 Jahren Freiheitsstrafe rechnen. Andere Verstöße gegen das Datenschutzgesetz werden mit bis zu 250.000 Euro bestraft.

Die aktuellen Fälle zeigen aber auch, dass das geltende Datenschutzgesetz und die einschlägigen Strafrechtsnormen schnell auf den Prüfstand müssen. Denn in nie da gewesener Weise können heute Informationen gespeichert werden, können Profile über Menschen angelegt werden, können Konsumverhalten und andere höchstpersönliche Daten ausgewertet werden.

Wir brauchen mehr Prävention, mehr Transparenz, mehr Datensicherheit und bessere Sanktionsmöglichkeiten. Und wir müssen die Menschen verstärkt aufklären, was mit ihren Daten passieren kann – auch wenn sie diese freiwillig herausgegeben haben. Die weitreichende Verbreitung eines einmal in Verkehr gebrachten Datensatzes ist kaum noch zu kontrollieren. Das wollen wir ändern!

Die SPD hat bereits im Juni eine Expertengruppe „Datensicherheit“ in der Bundestagsfraktion eingerichtet. Gemeinsam mit Bundesjustizministerin Brigitte Zypries werden wir schnell Maßnahmen erarbeiten, mit denen die Menschen vor dem immer aggressiveren Markt für persönliche und höchstpersönliche Daten geschützt werden.

Leider haben wir bisher vergeblich auf eine Reaktion des Verbraucherschutzministers Horst Seehofer gewartet. Wie schon bei den Regelungen gegen unerlaubte Telefonwerbung ist es die SPD, die sich für einen umfassenden und wirkungsvollen Verbraucherschutz in Deutschland einsetzt.

Wir wollen, dass das Recht auf informationelle Selbstbestimmung auch im digitalen Zeitalter gewährleistet wird. Wir wollen, dass personenbezogene Daten effektiv vor dem staatlichen und vor dem privaten Zugriff geschützt werden.